



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 18.02.2026**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:19 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion
	Vertretung für Herrn Bernstiel
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat
Katja Müller	Fraktion Die Linke im Stadtrat
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Tim Kehr wieder	Fraktion FDP/FREIE WÄHLER
	Vertretung für Herrn Silbersack

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Egbert Geier	Bürgermeister
	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Reik Möller	Büro des Oberbürgermeisters
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion
Andreas Silbersack	Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform

Vorlage: VIII/2025/00819

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **im Fachausschuss zurückgezogen**

und

TOP 8.3

Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Hotelnutzung für Hallenser*innen

Vorlage: VIII/2026/02243

- ➔ **Vorschlag: vertagen**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt fragte nach weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Herr Eigendorf vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 7.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Rettung des Südstadt Centers in Halle

Vorlage: VIII/2025/02029

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2026
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

6. Beschlussvorlagen
 - 6.1. Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben einer integrierten Einsatzleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 BrSchG LSA und § 9 RettDG LSA vom Landkreis Saalekreis auf die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/02106
 - 6.2. Vorschlag zur Besetzung der Steuerungsgruppe des Präventionsrates
Vorlage: VIII/2026/02242
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) für eine Kompensation der Mehrbelastungen für Grundstücksbesitzer durch die Grundsteuerreform
Vorlage: VIII/2025/00819 **ABGESETZT**
 - 7.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Rettung des Südstadt Centers in Halle
Vorlage: VIII/2025/02029 **VERTAGT**
8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Kreuzung Robert-Koch-Straße / Beesener Straße
Vorlage: VIII/2026/02182
 - 8.2. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufschlüsselung von Grundstücksverkäufen
Vorlage: VIII/2026/02240
 - 8.3. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Hotelnutzung für Hallenser*innen
Vorlage: VIII/2026/02243 **VERTAGT**
 - 8.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von Investitionsprojekten im städtischen Haushaltsplan
Vorlage: VIII/2026/02233
 - 8.5. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kontaktaufnahme zu Kommunen mit großskaligen Rechenzentren
Vorlage: VIII/2025/02039
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2026
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.01.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.01.2026. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.1 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben einer integrierten Einsatzleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 BrSchG LSA und § 9 RettDG LSA vom Landkreis Saalekreis auf die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/02106**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben einer integrierten Einsatzleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 Brandschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG LSA) und § 9 Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettDG LSA) vom Landkreis Saalekreis auf die Stadt Halle (Saale).

**zu 6.2 Vorschlag zur Besetzung der Steuerungsgruppe des Präventionsrates
Vorlage: VIII/2026/02242**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat schlägt der Vollversammlung des Präventionsrates folgende Personen für die Besetzung der Steuerungsgruppe des Präventionsrates vor:

Funktion	Name	Institution
Polizei	Petra Paulick	Polizeirevier Halle (Saale)
Freier Träger	Christof Starke	Friedenskreis Halle e. V.
Wissenschaft	Dr. Larissa Fleischmann	Martin-Luther-Universität

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine weiteren Anträge von Fraktion und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

**zu 8.1 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion
Stadt Halle (Saale)) zur Kreuzung Robert-Koch-Straße / Beesener Straße
Vorlage: VIII/2026/02182**

Herr Rebenstorf informierte, dass die Verkehrsunfallkommission sich am 20.01.2026 mit dem Thema beschäftigt hat und die Anregung als Prüfung aufnehmen wird. Im Laufe des Jahres soll eine abschließende Entscheidung getroffen werden, ob man der Anregung folgen kann.

Anregung:

Auch ohne den zusätzlichen Umleitungsverkehr ist in der Beesener Straße und der Elsa-Brändström-Straße in Nord-Süd-Richtung eine deutlich erhöhte Verkehrsdichte zu verzeichnen. Demgegenüber ist das Verkehrsaufkommen in der Huttenstraße und der Robert-Koch-Straße spürbar geringer.

Die Grünphase der Lichtsignalanlage in Nord-Süd-Richtung ist – insbesondere bei nicht einwirkender Straßenbahnsteuerung – sehr kurz. Durch die zusätzliche Schaltung der Fußgängerampel an der Robert-Koch-Straße kann der Verkehr in der Beesener Straße häufig nicht ausreichend abfließen. Hinzu kommen regelmäßig die Maßnahmen bei Fußballspielen.

Aufgrund der positiven Entwicklung der umliegenden Gewerbeflächen (Märkte, Großhandel Sanitär, Gastronomie, Fitnessstudio u. a.) hat sich der Zufluss auf die Beesener Straße in den vergangenen Jahren weiter deutlich erhöht. In der Folge kommt es vermehrt zu Rückstaus, von denen teilweise auch der ÖPNV betroffen ist.

Zudem entsteht bei einem Ausfall der Lichtsignalanlage ein erhöhtes Gefährdungspotenzial im Bereich der Kreuzung, insbesondere im Zusammenwirken von Straßenbahn- und des Kfz-Verkehrs.

Vor diesem Hintergrund rege ich an, die Vorfahrtsregelung an der Kreuzung Robert-Koch-Straße / Beesener Straße umzukehren und die Lichtsignalsteuerung zu optimieren.

**zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zur Aufschlüsselung von Grundstücksverkäufen
Vorlage: VIII/2026/02240**

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Anregung aufgenommen wird.

Anregung:

Bezüglich der dem Stadtrat monatlich vorgelegten Aufschlüsselung zu Grundstücksverkäufen mit ggfs. Ausübung des allgemeinen Vorkaufsrechts der Gemeinde gemäß §24 (1) BauGB regen wir an, dass die Grundstückslagen der zu benennenden Flächen um die Gemarkung, Flur und Flurstücksnummer ergänzt werden.

**zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenz von Investitionsprojekten im städtischen Haushaltsplan
Vorlage: VIII/2026/02233**

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass die Stadtverwaltung die Anregung nicht aufnimmt. Er führte aus, dass die Stadtverwaltung entsprechend der gesetzlichen Regelungen sowohl im Vorbericht als auch bei den investiven Maßnahmen und Haushaltspositionen umfassend beschreibt, worum es bei den jeweiligen Investitionsmaßnahmen geht. Zudem wird im Rahmen des Jahresabschlusses über den Stand der Investitionen berichtet. Weiterhin wies er darauf hin, dass Investitionen, sobald sie in konkrete Bau- oder Umsetzungsbeschlüsse gehen, in den jeweiligen Vorlagen nochmals entsprechend erläutert werden.

Anregung:

In dem im September 2025 veröffentlichten Entwurf des Haushaltsplanes 2026 wurden abseits des Vorberichtes anders als in den Vorjahren keinerlei ergänzende Informationen zu den in den kommenden Jahren vorgesehenen Investitionsprojekten zusätzlich zu den Summen der Einzahlungen/Auszahlungen bereitgestellt.

Wir regen an, künftig folgende zusätzliche Informationen bei den einzelnen Projekten im Finanzplan bereitzustellen:

- Kurzbeschreibung des Projektes,
- Zeitpunkt der Aufnahme des Projektes in den Haushalt,
- Grundsatzbeschluss ja/nein mit Vorlagenummer,
- Variantenbeschluss ja/nein mit Vorlagenummer,
- Baubeschluss ja/nein mit Vorlagenummer,
- Info bewilligte/beantragte/zur Beantragung vorgesehene Fördermittel in welchen Fördermittelprogrammen,

- Realisierungsstand zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung und vorgesehene Teilleistungen im Planjahr – ggf. Hintergrund von Veränderungen zur Darstellung im Vorjahr

-

Außerdem regen wir an, dass zu bereits in vergangenen Haushaltsplänen aufgenommenen Investitionsprojekten, die nun auf Vorschlag der Stadtverwaltung nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden sollen, im Vorbericht gesondert ausgeführt wird.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Kontaktaufnahme zu Kommunen mit großskaligen Rechenzentren Vorlage: VIII/2025/02039

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt führte aus, dass die Ansiedlung von Rechenzentren für viele Kommunen derzeit sehr interessant ist. Es gibt zwar Herausforderungen, insbesondere beim Thema Strom, jedoch auch klare Vorteile, vor allem durch die Nutzung von Abwärme. Die Stadt Halle (Saale) verfügt über ein vorbildliches Abwärmenetz und ist Vorreiter beim Ausbau der Abwärme- beziehungsweise Fernwärmeinfrastruktur.

Er informierte, dass die Stadt Halle (Saale) grundsätzlich an der Ansiedlung eines Rechenzentrums interessiert ist. Auch kleinteilige Gewerbeflächen kämen dafür in Betracht. Die Stadtverwaltung sowie die EVG befassen sich aktuell mit dem Thema und sobald ein seriöses Angebot vorliegt, wird die Stadtverwaltung frühzeitig darüber informieren.

Anregung:

Rechenzentren großer Anbieter sind ein zentraler Baustein der digitalen Infrastruktur und können – bei guter Planung – einen nachhaltigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Kommune leisten. Sie bringen nicht nur direkte Investitionen, sondern auch Impulse für technologieorientierte Wertschöpfung, Dienstleistungen und Fachkräfte am Standort. Gleichzeitig sind mit der Ansiedlung großskaliger Rechenzentren erhebliche Anforderungen an Flächen, Energieversorgung, Netzinfrastruktur und Klimaschutz verbunden. Auch Fragen der Akzeptanz in der Bürgerschaft spielen eine wichtige Rolle.

Andere Kommunen haben in den vergangenen Jahren bereits Erfahrungen bei der Ansiedlung großer Rechenzentrumsbetreiber gesammelt – zu nennen sind etwa Google im Großraum Frankfurt (Main) sowie aktuell die Schwarz-Gruppe in Lübbenau (Oberspreewald-Lausitz). Eine systematische Auswertung dieser Beispiele ist eine kostengünstige und effiziente Möglichkeit, Fehlentwicklungen zu vermeiden und bewährte Vorgehensweisen zu übernehmen, bevor in Halle (Saale) konkrete Ansiedlungsentscheidungen getroffen werden.

Mit dem vorgeschlagenen Erfahrungsaustausch kann die Stadtverwaltung eine belastbare Grundlage für eine zukünftige Ansiedlungsstrategie im Bereich Rechenzentren erarbeiten, ohne unmittelbar zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für den Haushalt einzugehen. Der Stadtrat erhält damit eine fundierte Entscheidungsbasis, um Chancen für Wertschöpfung und Innovationskraft am Standort Halle (Saale) gezielt zu nutzen und gleichzeitig Infrastruktur- und Umweltaspekte verantwortungsvoll zu berücksichtigen.

Deshalb regt die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER an:

1. Kommunen zu identifizieren, in denen in den vergangenen Jahren großskalige Rechenzentren angesiedelt wurden.
2. in einen strukturierten Austausch mit jenen Kommunen zu treten, in denen in den vergangenen Jahren großskalige Rechenzentren angesiedelt wurden.
3. Gegenstand des Austauschs sollen insbesondere folgende Punkte sein:

- Verfahren und Kriterien der Standortwahl,
 - städtebauliche und infrastrukturelle Anforderungen (Flächen, Energieversorgung, Kühlung, Verkehr),
 - Nutzung Abwärme (kommunale Wärmeplanung),
 - wirtschaftliche Effekte (Gewerbesteuer, Arbeitsplätze, Folgewirtschaft),
 - Umgang mit Akzeptanzfragen in der Bevölkerung (Lärm, Energieverbrauch, Flächenkonkurrenz, Klimaschutz),
 - vertragliche und administrative Rahmenbedingungen (Planungsrecht, Erschließungsverträge, Kooperation mit Energieversorgern).
4. Die Verwaltung wird gebeten, die Ergebnisse dieses Austauschs in einem Bericht zusammenzufassen und den zuständigen Fachausschüssen sowie dem Stadtrat zur Beratung und weiteren strategischen Ausrichtung für Rechenzentrumsansiedlung in Halle (Saale) vorzulegen. Auf Basis dieser Auswertung soll dargestellt werden
- welche Standortvoraussetzungen Halle (Saale) bereits erfüllt,
 - welche Rahmenbedingungen gegebenenfalls verbessert werden müssten,
 - und welche Leitlinien für eine zukünftige Ansiedlungsstrategie im Bereich Rechenzentren empfohlen werden können.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Herr Eigendorf zum Südstadt-Center

Herr Eigendorf erkundigte sich zum Südstadt-Center. Er verwies darauf, dass eine Wohnungsgenossenschaft im Bereich der Südstadt über Informationstafeln in ihren Wohngebäuden mitteilt, dass eine Wiedereröffnung des Südstadt-Centers Mitte März 2026 in Aussicht steht. Er bat die Stadtverwaltung um Bestätigung oder Klarstellung zum aktuellen Sachstand.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Stadtverwaltung eine Wiedereröffnung derzeit weder bestätigen noch dementieren kann. Die Voraussetzungen für eine Rücknahme der Nutzungsuntersagung liegen aktuell noch nicht vor. Er sagte, dass es zwar Gespräche und weitere Ortstermine gegeben hat und geprüft wird, unter bestimmten Bedingungen auch Teilrücknahmen der Nutzungsuntersagung vorzunehmen, allerdings sind die vorliegenden Unterlagen bislang nicht ausreichend, um eine verbindliche Auskunft zu geben.

zu 9.2 Frau Ranft zum Thema Nutzung von Bild- und Videoaufnahmen aus öffentlichen Stadtratssitzungen für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen

Frau Ranft bezog sich auf eine vorab eingereichte schriftliche Anfrage und sagte, dass Fraktionen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Fotos, Zitate und Bilder aus Redebeiträgen für Instagram, TikTok und Facebook verwenden. Sie bezog sich auf eine vergangene Anfrage ihrer Fraktion, ob der YouTube-Livestream der Stadtratssitzung auf dem Kanal der Fraktionen per Screen-Recording genutzt werden darf. Dies wurde aus Datenschutzgründen untersagt. Sie wies darauf hin, dass andere Fraktionen dies trotzdem tun und bezeichnete dies als Ungleichbehandlung. Sie gab an, zu diesem Themenkomplex vier schriftliche Fragen eingereicht zu haben und bat um Besprechung in der Fraktionsvorsitzendenrunde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte zu, dass dies in der kommenden Fraktionsvorsitzendenrunde besprochen wird.

zu 9.3 Frau Müller zu einer Personalangelegenheit

Auf Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Müller

Ich habe ein paar Fragen zum Themenkomplex Herr Großer. Das mache ich jetzt hier auch im öffentlichen Teil. Ich beziehe mich dabei auch ausschließlich auf das, was öffentlich sozusagen auch Bericht erstattet wird, und auch auf das, wie Sie sich selbst öffentlich geäußert haben.

Ich fange mal an mit der gestrigen Berichterstattung, dass jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen Herrn Großer eingeleitet wurde. Sie lassen sich dann in dem heutigen Artikel damit zitieren, dass Sie umgehend nach Bekanntwerden der Vorermittlungen gegen Herrn Großer gehandelt hätten. Was ja dann in dem Fall die Freistellung und auch Entlassung von Herrn Großer am 23. Dezember war, einen Tag vor Heiligabend.

Nun ist es aber so, das hatte ich im Übrigen auch in meiner nichtöffentlichen Anfrage so formuliert, die, wenn ich das so sagen darf, leider eine Nichtantwort ist, die ich dort bekommen habe. Ich hatte bereits dort darauf verwiesen und ich kann es Ihnen auch gerne nochmal zuschicken. Es ist bereits am 30. September durch eine MDR-Berichterstattung öffentlich geworden, dass es gegen Herrn Großer Vorermittlungen gibt, wegen des Verdachts auf Korruption. Jetzt möchte ich gerne mal an der Stelle von Ihnen wissen: Wie erklären Sie sich das, dass Sie gestern sagen, Sie hätten sofort nach Bekanntwerden der Vorermittlungen reagiert? Sie haben aber erst am 23. Dezember reagiert und öffentlich bekannt geworden sind die Vorermittlungen am 30. September. Können Sie mir das mal erklären?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Das kann ich Ihnen gerne im nichtöffentlichen Teil erklären, Frau Müller.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, das sind öffentliche Äußerungen von Ihnen. Die haben Sie gestern beziehungsweise heute in der Presse getan. Der gesamte Vorgang dazu ist ein öffentlicher Vorgang. Dann denke ich, und deswegen stelle ich diese Frage jetzt ja auch im öffentlichen Teil. Ich denke, ich habe es beim letzten Mal versucht, indem ich Ihnen ja ohne großen Aufriss im nichtöffentlichen Teil einen nichtöffentlichen Fragenkatalog übergeben habe. Diese Fragen sind leider wieder nicht beziehungsweise nicht zureichend beantwortet worden. Und die Frage, die ich jetzt gestellt habe, ist eine durchweg öffentliche Frage, weil alles dazu und, wie gesagt, auch Ihre eigenen Statements dazu öffentlich sind. Insofern erwarte ich jetzt dazu eine öffentliche Antwort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Da muss ich leider Ihre Erwartungen enttäuschen, Frau Müller.

Frau Müller

Wie begründen Sie das denn? Ich meine, Sie können nicht einfach eine öffentliche Antwort verweigern, wenn sie eigentlich öffentlich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Müller, ich wiederhole das nochmal im nichtöffentlichen Teil.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, das geht so nicht. Das ist hier kein Wunschkonzert. Sie können sich nicht aussuchen, ob Sie hier öffentlich oder nichtöffentlich antworten. Es gibt hier gewisse Regeln. Und ich stelle eine öffentliche Anfrage und ich habe ein Auskunftsrecht. Und ich glaube nicht, dass irgendwas von dem, was ich jetzt hier frage, die Nichtöffentlichkeit berührt. Und dann können Sie nicht einfach sagen, Sie geben mir keine Antwort. Das funktioniert so nicht, aus meiner Sicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke. Also, die Ermittlungsverfahren laufen und deswegen können wir uns hierzu nicht äußern.

Frau Müller

Ich möchte keine Auskunft zum Ermittlungsverfahren, da können Sie mir auch keine Auskunft geben, das ist mir schon klar. Ich möchte die Auskunft, warum Sie, und das ist eine Frage, die ausschließlich Sie beantworten können: Warum haben Sie gestern, ich betone es nochmal, öffentlich gesagt, dass Sie sofort reagiert hätten, als die Vorermittlungen gegen Herrn Großer bekannt wurden, was am 23. Dezember war? Weil vorher sind Sie ja nicht aktiv geworden, das war ja auch das, was ich hier auch schon mehrfach bemängelt habe. Und Fakt ist aber, und das ist auch ein öffentlich bekanntes Faktum, dass die Vorermittlungen am 30. September bekannt geworden sind und es Sie vom 30. September bis zum 23. Dezember nicht interessiert hat, dass es Vorermittlungen gegen Herrn Großer gibt.

Wie kommen Sie dazu, gegenüber der Presse heute zu behaupten, Sie hätten sofort reagiert, als die Vorermittlungen bekannt wurden?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Müller, sagen Sie nochmal das Datum von dem Artikel?

Frau Müller

Das ist der 30. September, MDR-Online. Ich schicke Ihnen gerne den Link dazu auch.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Genau. Also das Problem, ich kann Ihnen jetzt nicht genau vom 13.09....

Frau Müller

30.09.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

30.09.? Sehen Sie, das Datum weiß ich schon gar nicht mehr. Sehen Sie? 30.09.

Das Problem ist, Frau Müller, ich habe jetzt die Erfahrung mit Ihnen gemacht, was ich hier sage, wird sofort protokolliert. Und ich habe jetzt ein bisschen, dass ich vielleicht das falsche Wort wähle, und darum würde ich nochmal sagen, den 30.09.

Ich habe eine Antwort, aber bei Ihnen würde ich gerne zu 100 % korrekt antworten. Und darum würde ich Sie nochmal darum bitten, dass ich mich entsprechend später dazu äußere. Sie können es aber auch gerne schriftlich erhalten.

Frau Müller

Okay, was ist denn da jetzt so schwer daran, sozusagen einfach eine Auskunft darüber zu geben, warum Sie nicht eher reagiert haben? Wo müssen Sie sich da jetzt noch erkundigen? Das ist etwas, was nur Sie wissen können. Warum haben Sie erst am 23. Dezember reagiert und nicht schon Ende September? Wo ist da jetzt noch die Frage?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Müller, ich lasse mich von Ihnen hier nicht aufs Tribunal setzen. Ich bin hier nicht bei Gericht. Ich habe Ihnen jetzt mehrfach gesagt, als Oberbürgermeister dieser Stadt, was ich dazu zu sagen habe.

Wir haben jetzt zwei Möglichkeiten. Wir führen jetzt ein Tribunal fort. Ich glaube, das wäre für die anderen Anwesenden relativ langweilig. Das können wir gerne tun. Ich habe die Zeit. Oder Sie akzeptieren jetzt einfach, dass ich Ihnen gerade zugesichert habe, eine schriftliche Antwort dazu zu liefern. Ich verstehe nicht, warum das so schwer ist.

Frau Müller

Gut, das ist hier kein Tribunal, wir sind hier im Stadtrat und hier gibt es ein Fragerecht. Das wissen Sie aber inzwischen auch, Herr Oberbürgermeister. Und im Zweifelsfall wird es ja nicht besser, wenn man keine Antworten bekommt. Die Erfahrung sollten Sie mit mir auch gemacht haben, das ist aber keine Einbahnstraße.

So, dann habe ich eine zweite Frage. Auch das war eine öffentliche Information, auch darüber haben Sie ja jetzt auch in dem Artikel nochmal intern, in dem Artikel nochmal sozusagen selbst eine Aussage getroffen.

Wie ist denn der Stand der internen Ermittlungen? Sie haben ja mehrfach öffentlich davon gesprochen, dass auch dann, mit dem 23. Dezember, mit der Entlassung bzw. Freistellung von Herrn Großer, ein internes Prüfungsverfahren eingeleitet wurde. Wie ist denn da der Stand und wann ist denn da mit Ergebnissen zu rechnen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Die Untersuchungen laufen noch. Das Datum kann ich im Moment nicht mitteilen.

Frau Müller

Gut, dann frage ich jetzt mal: Wie sieht es denn eigentlich aus? Inwiefern ist denn eigentlich mal bei diesem internen Prüfverfahren die Befangenheit des OB festgestellt worden, beziehungsweise ist der OB an der Stelle befangen? Ich würde ja sagen, ja. Das würde mich mal interessieren, wie das bei diesem internen Prüfverfahren an der Stelle jetzt gehandhabt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich würde Herrn Möller das Wort erteilen.

Herr Möller

Also, der Oberbürgermeister hat dazu ja den Fachbereich Personal/den Geschäftsbereich I beauftragt, dieses Verfahren zu führen und auch die Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die da in irgendeiner Art und Weise anzuhören sind, auch zu führen. Und dann gibt es einen Bericht, der wird über den Bürgermeister sozusagen dann ausgewertet werden. Das haben wir extra so gemacht, dass auch der OB da raus ist. Es ist ein ganz normales Verfahren, um sozusagen die Inhalte und Möglichkeiten mit den Mitarbeitern, die da in irgendeiner Art und Weise beim Einstellungsprozess etc. beteiligt waren, sozusagen aufzuarbeiten und dann auch intern auszuwerten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Möller.

Übrigens, Frau Müller, eins würde ich sagen: Na klar haben Sie das Recht, jede Frage zu stellen. Nur ich glaube, es gehört zum Ton dazu und auch zum Respekt, den man miteinander hat, dass, wenn man eine Frage 1, 2, 3, 4, 5-mal stellt, man erstens keine bessere Antwort erhält und dass man auch die Antwort der anderen auf Fragen respektieren muss. Und Ihr Fragerecht ist zu keiner Zeit hier in Abrede gestellt. Wie gesagt, ich biete Ihnen gerne an, dass wir das fortführen und Sie stellen mir die Frage 10-mal. Nur ich bezweifle, ob dann die Anwesenden das auch so interessant noch finden. Aber bitte schön, Frau Müller, machen Sie mit der nächsten Frage weiter.

Frau Müller

Na ja, das kann ja im Zweifelsfall auch eine Strategie sein, einfach keine Antworten zu geben, bis man hier müde ist oder alle anderen genervt sind. Da werden sie bei mir leider keinen Erfolg haben. Es ist aber leider ja eine gewisse Systematik, dass man ja einfach keine Antworten bekommt. Und dann wundern sie sich, warum man dann immer vehementer wird. Also, man könnte das ja alles schon eher erledigt haben. Aber sie haben ja offensichtlich Gründe, keine Antworten zu geben. Das ist ja das Problem an der Stelle.

Und letztlich, ich verweise hier nur nochmal, ohne zu viel zu verraten, auf meine nichtöffentliche Anfrage. Ich habe im Grunde genau zu diesem Komplex Fragen gestellt, ab wann sie davon wissen konnten oder was da ihre Informationen auch an der Stelle sind. Es wurde überall auf eine Antwort verwiesen, die keine Antwort auf die Frage ist. Also ich will Ihnen das jetzt hier nur nochmal an der Stelle sagen: Das ist respektlos, Herr Oberbürgermeister. So geht man mit einem Fragerecht eben nicht um. Das jetzt mal aus meiner Perspektive hinsichtlich eines Fragerechts.

Und ich werde an der Sache auch dranbleiben. Im Zweifelsfall komme ich tatsächlich auch nachher nochmal im nichtöffentlichen Teil darauf zurück. Vielen Dank erstmal. Und ich beantrage Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Selbstverständliche, das haben wir doch schon vorbereitet, Frau Müller.

Frau Müller

Ja, sehen Sie, und solche respektierlichen Äußerungen meine ich, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Wissen Sie, respektlos ist es auch, wenn Sie im Fragenkatalog Vorwürfe gegen mich formulieren und reinschreiben von Falschaussagen. Die Rede ist von Anfragen und Fragen, die Sie stellen. Ich finde das auch sehr respektlos, Frau Müller. Und das ist nochmal dazu. Dankeschön.

Frau Müller

Nein, Herr Oberbürgermeister, darauf reagiere ich jetzt nochmal. Ich glaube, die Antwort auf meine Anfrage können alle Stadträtinnen und Stadträte einsehen. Und da ist auch nichts von Falschaussagen zu lesen. Dieses Wort habe ich an keiner Stelle verwendet. Ich habe Sie lediglich an einer Stelle gefragt, warum Sie die Unwahrheit gesagt haben bei der Geschichte zum IKC. Und das war offenkundig. Ich habe bewusst nicht von einer Lüge gesprochen, weil eine Lüge, dass Sie mir schon klar, ein Vorsatz voraussetzt. Das habe ich Ihnen an der Stelle nicht unterstellt.

Im Übrigen, Herr Oberbürgermeister, jedes Mal, wenn ich mit Ihnen rede, reden Sie mit Ihrem Nachbarn. Das ist auch nicht respektvoll und hat auch eine gewisse Systematik. Und ich verwahre mich ja einfach gegen solche Behauptungen. Ich habe Ihnen keine

Falschaussage unterstellt. Ich habe gefragt, warum an einer Stelle die Unwahrheit gesagt wurde. Ob absichtlich oder nicht absichtlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Okay, Frau Müller. Ich möchte jetzt nicht um Begrifflichkeiten mit Ihnen streiten. Ich glaube, wir haben uns verstanden. Dankeschön, Frau Müller.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.4 Herr Heym zum Fragerecht

Herr Heym thematisierte das Fragerecht der Stadträtinnen und Stadträte in Ausschüssen und im Stadtrat. Er führte aus, dass in der Vergangenheit die Stadträtinnen und Stadträte öfter auf eine schriftliche Antwort verwiesen worden sind. Er bat um Auskunft, ob die Verweisung auf den schriftlichen Weg rechtlich zulässig und durch die geltende Rechtslage gedeckt ist.

Herr Schreyer antwortete, dass auf Anfragen der Stadträte, die durch den Oberbürgermeister bzw. die Stadtverwaltung nicht sofort beantwortet werden können, eine schriftliche Antwort erfolgen kann. Er sagte, dass dieses Verfahren den geltenden rechtlichen Vorgaben entspricht.

zu 9.5 Herr Raue zur Nutzung von Räumlichkeiten durch Fraktionen

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue

Ja, ich hätte auch eine Frage zu einer Anfrage meiner Fraktion, und zwar zu Räumlichkeiten, die durch die Fraktion genutzt werden können für die Öffentlichkeitsarbeit. Die ist von Ihnen, Frau Marquardt, möglicherweise beantwortet worden, aber mindestens unterzeichnet worden.

Und darin werden wir jetzt vertröstet auf April. Und da wollte ich mal fragen, warum das so lange dauert, denn das ist ja eigentlich, mit Immobilien kennen Sie sich ja aus.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Dr. Marquardt, bitte.

Frau Dr. Marquardt

Weil es sehr unterschiedliche, vielfältige Räumlichkeiten gibt, die nicht alle in meiner Hand sind. Das heißt, wir müssen in der Verwaltung nachfragen.

Herr Raue

Okay, aber meine Bitte wäre: April ist einfach so lange hin. Also, das müsste schneller gehen oder vielleicht, dass die Antwort dann zweiteilig erfolgt. Also alles das, was Sie jetzt direkt wissen, ja, dass Sie uns das schon mitteilen. Und alles das, was dann noch ergänzt werden kann, dass Sie uns das dann bitte nachliefern. Das wäre fair an dieser Stelle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, das nehmen wir auf, Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Also, üblicherweise beantworten wir alle Fragen komplett. Nicht, dass Teile offen sind, und dann verliert man den Überblick.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Okay, dann fasse ich es mal zusammen. Aufgrund der Komplexität brauchen wir ein bisschen länger, Herr Raue.

Herr Raue

Ja, okay. Gut, okay. Also ja, in Ordnung, liebe Frau Marquardt, dann würde mich interessieren, in Ihrem Geschäftsbereich, welche Veranstaltungsräume vorhanden sind, dass Sie mir das beantworten, jetzt oder dann jetzt schriftlich. Sie werden es jetzt nicht im Kopf haben, ist ja klar.

Und dann nur nochmal, also so komplex, dass Sie das bis zum April schieben. Ich kann es mir nicht vorstellen. Ich bin auf die Antwort dann gespannt, aber das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass das sechs Wochen dauern soll oder acht Wochen dauern soll. Also, da würde ich Sie bitten, also ich gewähre Ihnen die bis April nicht. Moment, das würde ich von Herrn Schreyer, denn für eine Fristverlängerung müssen Gründe vorgelegt werden. Die Gründe, die Frau Marquardt jetzt vorträgt, sind aus meiner Sicht erstmal grundsätzlich Behauptungen, bis sie belegt sind. Ich will mich aber nicht streiten und deswegen würde ich Ihnen eine Fristverlängerung schon gewähren, aber üblicherweise von zwei Wochen. Das ist im Landtag auch so üblich, dass eine Fristverlängerung beantragt werden muss beim Fragenden. Und ich würde mich aber trotzdem nochmal an die Verwaltung wenden und fragen, in welcher Zeit beantwortet werden muss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut. Wir nehmen das jetzt nochmal mit erstmal und versuchen, das bis zum März zu bewerkstelligen, Herr Raue. Ich rede nochmal mit Frau Dr. Marquardt.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.6 Frau Dr. Wünscher zu Veranstaltungen

Frau Dr. Wünscher thematisierte, dass Veranstaltungen zunehmend auf Montage verlegt werden, beispielsweise die Beiratssitzung Stadtmarketing. Dies überschneidet sich oft mit Fraktionssitzungen, obwohl vereinbart war, Montage nachmittags und abends freizuhalten. Sie wies darauf hin, dass die Häufung solcher Termine die Einhaltung dieser Vereinbarung erschwert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Anregung mitgenommen wird.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer